

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdB analysiert die steuerpolitischen Wahlversprechen der CDU: **Steuersenkung für Reiche.**
Seite 1

Robert Antretter MdB fordert eine Vereinheitlichung der Verkehrsbedingungen in Europa: **Bonn muß Vorreiter sein.**
Seite 3

Manfred Jena MdL macht auf die konservative Wende in der bayerischen Jugendarbeit aufmerksam: **Reale Probleme werden ausgegrenzt.**
Seite 4

41. Jahrgang / 59

26. März 1986

Steuersenkung für Reiche

Zu den steuerpolitischen Wahlversprechen der CDU

Von Dr. Dieter Spöri MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Die jetzt verkündeten steuerpolitischen Wahlversprechen der CDU enthüllen immer mehr, daß die Union nur noch einseitig eine Politik zu Gunsten der Besserverdienenden und Großunternehmen macht. Wenn die CDU lauthals von „Steuersenkungen“ spricht, können sich darüber eigentlich nur die Bezieher hoher und höchster Einkommen freuen. Dagegen haben die Durchschnittsverdiener nichts zu erwarten: Ihnen werden noch nicht einmal annähernd die sogenannten heimlichen Steuererhöhungen zurückgegeben.

Dies war bereits bei dem sogenannten „Steuersenkungsgesetz 1986/88“ der Fall. Durchschnittsverdiener müssen mit immer höheren Steuer- und Abgabenbelastungen rechnen. Trotz des „Steuersenkungsgesetzes“ werden zum Beispiel verheiratete Angestellte mit Durchschnittseinkommen 1986 und in allen Folgejahren bis 1992 nach den Angaben des Bundesfinanzministers mit einer höheren Steuerbelastung belegt. Konkret: Die Grenzbelastung wird von 22,0 von Hundert (1982) auf 23,5 von Hundert (1986) beziehungsweise 24,7 von Hundert (1988) ansteigen.

Für 1992 weisen die Zahlen des Bundesfinanzministers sogar den absoluten Höchstwert von 28,1 von Hundert aus. Dem entspricht es, daß die Lohnsteuerquote, der verlässlichste Indikator für die Steuerbelastung der Arbeitnehmer, von 16,1 von Hundert (1982) über 17,5 von Hundert (1986) auf 18,3 von Hundert (1988) - ebenfalls nach den eigenen Angaben des Bundesfinanzministers - ansteigen wird. Für 1989 ist ein weiterer Anstieg auf mindestens 18,7 von Hundert nach den Plänen der Union unausweichlich.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed by Linson
zu erhalten bei
Koch & Pöhl
Koch & Pöhl



Diese für die Union peinlichen Zahlen, die in krassem Gegensatz zu ihren Versprechungen und Verlautbarungen stehen, will die CDU am liebsten totschweigen.

In Wahrheit ist die CDU die „Steuererhöhungspartei“, zumindest für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Spitzenverdiener dagegen können mit der Umverteilungspolitik der CDU hoch zufrieden sein: Sie erhalten eine echte Steuersenkung, die weit über die Rückgabe heimlicher Steuererhöhungen hinausreicht.

Bemerkenswert ist, daß die CDU versucht, die massiven Steuergeschenke für Spitzenverdiener in der Öffentlichkeit herunterzuspielen. Sogar die Broschüre der Bundesregierung weist hier falsche Zahlen aus. Doch zumindest in Bayern dämmert es inzwischen, daß die ungerechten Wirkungen des Steuergesetzes nicht bis zur Bundestagswahl unerkannt bleiben werden. Man darf gespannt sein, ob aus wahltaktischen Überlegungen noch eine Nachbesserung des Steuersenkungsgesetzes für kleine und mittlere Einkommen erfolgt.

Der mühsame Kompromiß über die steuerpolitischen Vorstellungen der Union für die nächste Legislaturperiode bedeutet nichts anderes als eine Fortsetzung der Politik der Steuergeschenke auf Kosten der Arbeitnehmer. Trotz aller Verschleierungsversuche steht im Mittelpunkt der Pläne der Union eine Absenkung des Spitzensteuersatzes für die Bezieher von Einkommen über 130.000/260.000 DM (Ledige/Verheiratete). Heiner Geißler hat erkannt, daß derartige Forderungen jedem Arbeitnehmer deutlich machen, für welche Bevölkerungsschichten in der CDU Politik gemacht wird. Seinen tatkräftigen Anstrengungen (unter anderem wurde eine Pressekonferenz kurzfristig abgesagt) ist es zu verdanken, daß steuerrechtliche Laien den veröffentlichten Papieren nichts Konkretes entnehmen können.

Wahltaktik überfrachtet klare und ehrliche Aussagen. Doch für jeden Steuerrechtler ist klar: Die geforderte Absenkung des Körperschaftsteuersatzes ist nur möglich, wenn auch der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer gesenkt wird. Trotz der von der „obersten Wahlkampfleitung“ der CDU geworfenen Nebelgranaten müssen sich die Bürger darauf einrichten: Bei einem Wahlsieg der CDU/CSU wird der Spitzensteuersatz gesenkt - bei einer Fortsetzung der Koalition mit der FDP sogar noch etwas stärker. Finanziert werden soll dies alles durch eine Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuererhöhung unter dem Deckmantel der EG-Steuerharmonisierung. Damit ist rechtzeitig vor der Bundestagswahl klar, daß die Union über die Steuerpolitik ihre Umverteilung von unten nach oben fortsetzen und sogar noch ausbauen wird.

Würde die Union bei der Bundestagswahl nur noch die Wähler erhalten, die von ihrer Steuerpolitik etwas zu erwarten haben, müßte man wegen der fünf von Hundert-Hürde um einen Wiedereinzug der Union in den Bundestag bangen.

(-/26.3.1986/rs/ks)

* * *

Bonn muß bei der europäischen Verkehrssicherheit Vorreiter sein

Angesichts steigender Unfallzahlen ist dringend eine Vereinheitlichung der Verkehrsbedingungen erforderlich

Von Robert Antretter MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Für das Transitland Bundesrepublik stellt sich in verschärfter Form die Unfallproblematik. Entgegen manch vorschneller Behauptungen sind die Unfallzahlen keineswegs zurückgegangen, tatsächlich sind sie gestiegen. Lediglich die Unfallfolgen - haben sich - hauptsächlich in Folge der Gurtanlegepflicht, gegen die sich Verkehrsminister Dollinger lange gestäubt hat - gemildert.

Selbst auf den Hätschelkindern der Nation, unseren angeblich so sicheren Autobahnen, passieren immer noch mehr Unfälle als etwa in Holland, der Schweiz oder Großbritannien. Über dreihunderttausend Tote 1984 in Westeuropa, davon zehntausendzweihundert allein in der Bundesrepublik und zwei Millionen Verletzte verlangen nach Taten, und zwar nicht in Form eines blinden Aktionismus oder in Form von Einzelmaßnahmen, sondern in Form eines geschlossenen Konzeptes.

Dringend ist deshalb die Vereinheitlichung europäischer Verkehrsbedingungen zu fordern; was insbesondere für Promillegrenzen, Polizeikontrollen, Beschilderung und Straßenmarkierung, aber auch für die Automobiltechnik insgesamt gilt. Hier ist die Bundesregierung gefordert. Sie darf nicht wie das Kaninchen auf die Schlange Brüssel starren. Die europäische Dimension der Verkehrssicherheit ist für unser Land ganz besonders wichtig. Deshalb muß die Bundesregierung eine Vorreiterrolle übernehmen.

Was das Tempo-Limit betrifft, so ist dazu festzustellen, daß keines der dagegen vorgebrachten Argumente eine seriöse Grundlage hat. Für LKW und Omnibusse ist ein Geschwindigkeitsbegrenzer sinnvoll, damit endlich echte Erfahrungen mit dem Tempolimit gesammelt werden könnten. Auch in der Bundesrepublik, wie zum Beispiel beim Kölner Autobahnring, hat sich „Tempo 100“ hervorragend bewährt. Grundsätzlich ist es notwendig, die Autofahrer besser zu schulen und über Gefahren aufzuklären, damit auch auf das Verhalten von Radfahrern und motorisierten Zweiradfahrern mehr Rücksicht als bisher genommen werden könne. Das gilt einmal mehr für den bevorstehenden Osterverkehr, aber selbstverständlich nicht nur in dieser Zeit.

(-/26.3.1986/rs/ks)

* * *



Konservative Wende in der bayerischen Jugendarbeit

Die realen Probleme junger Menschen ausgegrenzt

Von Manfred Jena MdL

Jugendpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Nachdem der CSU die Bauern in Scharen davonlaufen, sucht sie jetzt offensichtlich ihr Heil bei den Jungwählern. Jahrelang hat die CSU-Staatsregierung die Fortschreibung des Jugendprogramms verzögert, im vergangenen Jahr durch Untätigkeit gegläntzt - aber just im Wahljahr 1986 die Finanzmittel des Bayerischen Jugendrings um 2,3 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark aufgestockt. Das ist freilich nur ein Trostpflaster im Wahljahr, um den Bayerischen Jugendring von allzu aufmüpfiger Politik abzuhalten.

Die Praxis in der Vergangenheit - die letzte Fortschreibung des Jugendprogramms stammt aus dem Jahr 1978 - sieht ganz anders aus: Die Finanzierung der Jugendarbeit in Bayern setzte die CSU-Staatsregierung immer unter Vorbehalt der Haushaltsentwicklung. Seit Jahren bleibt trotz geringer Erhöhungen der Zuschüsse kein zusätzlicher Spielraum für neue Aufgaben in der Jugendarbeit.

Die bayerische SPD fordert daher weitere drei Millionen Mark für die Jugendverbände, um neue Aufgaben anpacken zu können. Diese sehe ich zum Beispiel in Projekten zur Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher, in Ausbildungshilfen, Medienberatung, Hilfe für Mädchen und junge Frauen.

Die Jugendarbeit darf nicht mehr unter dem Vorbehalt von Buchhaltern und Haushaltspoker gestellt werden. Jugendarbeit muß über die Zeit der Doppelhaushalte hinaus gesichert sein. Die finanzielle Zusagen und Rahmenplanungen für die Jugendverbände müssen langfristig sein. Die Staatsregierung darf Geld nicht mehr als „Disziplinierungskeule“ gegen die Jugendverbände verwenden.

Zu fragen ist schließlich, wo denn die inhaltliche Fortschreibung des Jugendprogramms geblieben ist. Seit 1974 hat die CSU-Staatsregierung alle inhaltlichen Ziele - wie beispielsweise Emanzipation der Jugendlichen - versteckt. Es erhärtet sich der Verdacht, daß eine konservative Wende in der Jugendarbeit angestrebt wird. Die Jugendverbände sollen unkritisch und Jugendarbeit pflegeleicht und unpolitisch werden.

Der Widerstand vieler junger Leute gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die Parteinahme für den Umweltschutz, der Einsatz gegen den Abbau von Liberalität (Sicherheitsgesetze) machen der Staatsregierung freie und offene Jugendarbeit verdächtig.

Die anhaltende Jugendarbeitslosigkeit und das ständige Ansteigen des Kommerz in der Jugendkultur erfordern neue Antworten und insbesondere eine verstärkte Fortbildung der Mitarbeiter in den Jugendverbänden. Mitverantwortung und Mitsprache bedeuten eine stärkere Beteiligung der Jugendlichen und ihrer Organisation bei politischen Entscheidungen. Städteplanung, Schule, Freizeit und Kultur müssen von Jugendlichen mitbestimmbar werden. Diese Zielsetzung gibt die Staatsregierung jedoch gänzlich auf. Die Jugendlichen und ihre Verbände brauchen aber mehr politische Mitbestimmung.

(-/26.3.1986/rs/ks)

* * *

